



**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 29. Juli 2005**

**11600/05**

**LIMITE**

**COPEN 122  
EJN 41  
EUROJUST 45**

**VERMERK**

---

der	deutschen Delegation
für	die Delegationen

---

<u>Betr.:</u>	Europäischer Haftbefehl - Urteil des deutschen Bundesverfassungsgerichts
---------------	--

---

Die Delegationen erhalten anbei das Schreiben der deutschen Justizministerin, Brigitte Zypries, an ihre Kollegen.

Anschrift  
Justizminister/-in  
der EU-Mitgliedstaaten

21. Juli 2005

Sehr geehrte Frau Kollegin, sehr geehrter Herr Kollege

mit Urteil vom 18. Juli 2005 hat das Bundesverfassungsgericht der Bundesrepublik Deutschland das deutsche Gesetz zur Umsetzung des Rahmenbeschlusses des Rates vom 13. Juni 2002 über den Europäischen Haftbefehl und die Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten für nichtig erklärt. In seiner Urteilsbegründung hat das Gericht den Rahmenbeschluss als mögliche Grundlage des Auslieferungsverkehrs bestätigt, aber die konkrete inhaltliche Ausgestaltung der Auslieferung deutscher Staatsangehöriger an andere Mitgliedstaaten beanstandet.

Bis zum Inkrafttreten eines neuen deutschen Gesetzes zur Umsetzung des Rahmenbeschlusses ist die Auslieferung deutscher Staatsangehöriger an einen anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union nicht mehr möglich.

Die Auslieferung ausländischer Staatsangehöriger und staatenloser Personen aus Deutschland wird aber weitestgehend im bisherigen Umfang und in Anlehnung an die Vorgaben des Europäischen Haftbefehls erfolgen. Die deutschen Behörden werden nach Festnahme eines Verfolgten in Deutschland zum Zwecke der Auslieferung auf Grund eines Europäischen Haftbefehls, auf Grund einer Ausschreibung im Schengen-Informationen-System oder auf Grund einer Interpol-Fahndung die zuständigen ausländischen Gerichte oder Staatsanwaltschaften bitten, die erforderlichen Auslieferungsunterlagen innerhalb einer angemessenen Frist vorzulegen.

Das deutsche Recht lässt auch weiterhin zu, dass deutsche Ersuchen um Fahndung nach flüchtigen Personen und um deren Auslieferung aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Union nach Deutschland nach den Grundzügen des Rahmenbeschlusses zum Europäischen Haftbefehl gestellt werden. Deutsche Gerichte und Staatsanwaltschaft können hierzu, wie bisher, Haftbefehle ausstellen und in die Form eines „Europäischen Haftbefehls“ kleiden.

Ich hoffe, dass der Auslieferungsverkehr, soweit Staatenlose und ausländische Staatsangehörige betroffen sind, bis zum Erlass eines neuen Umsetzungsgesetzes zum Europäischen Haftbefehl auch nach Ihrem Recht möglich ist. Ich sichere Ihnen meinerseits zu, dass hinsichtlich der deutschen Staatsangehörigen, die nicht ausgeliefert werden können, die zuständigen Strafverfolgungsbehörden mit dem Ziel einer Strafverfolgung im Inland befasst werden.

Seien Sie versichert, dass ich mich dafür einsetzen werde, dass in kürzester Zeit ein neues Gesetz zur Umsetzung des Europäischen Haftbefehls, das den Bedenken des Bundesverfassungsgerichts Rechnung trägt, vorgelegt wird.

Mit gleich lautendem Schreiben habe ich die übrigen Kolleginnen und Kollegen unterrichtet.

Mit freundlichen Grüßen